

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	601
		TOP:	3
Verhandlung		Drucksache:	1338/2017
		GZ:	OBM
Sitzungstermin:	12.12.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Dr. Schairer		
Berichterstattung:	die Herren Forderer und Hagel (beide S/OB-Mobil)		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / pö		
Betreff:	Elektro-Taxi-Aktionsplan - Ergebnisbericht Umsetzungsstudie - Beschluss über Eckpunkte des Förderprogramms - Standortvorentscheidung		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 30.11.2017, GRDRs 1338/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Vom Abschlussbericht der Umsetzungsstudie "Elektro-Taxi-Aktionsplan Stuttgart" wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, auf der Grundlage der in der Umsetzungsstudie gegebenen Handlungsempfehlungen eine Förderrichtlinie zu erstellen und die notwendigen weiteren Schritte zur Ausgestaltung und Umsetzung des Elektro-Taxi-Aktionsplans vorzunehmen.
3. Zum Start des Förderprogrammes werden geeignete Werbe- und Vermittlungsmaßnahmen ausgewählt und beauftragt. Hierzu gehören Beratungsleistungen und eine E-Taxi-Messe.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die beschriebenen sechs Standorte genauer zu untersuchen und dort in Folge die Errichtung von bis zu drei taxi-exklusiven Schnellladern zu beauftragen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Herr Forderer (S/OB-Mobil) verweist auf die der Vorlage angehängte Studie, welche die Grundlage dessen war, was man heute vorstellen werde. Er stellt anschließend Herrn Michael Hagel vor, der in der Stadtverwaltung die Koordinierungsstelle Elektromobilität bearbeitet und der maßgeblich die Vorlage erarbeitet habe. Außerdem dankt er den Ämtern für ihre Unterstützung.

Vorgesehen sei, die Bundes- und Landesförderung um eine städtische Förderung zu ergänzen, sodass jedes E-Taxi-Fahrzeug mit bis zu 17.000 € gefördert werden kann. Da man nicht Gleiches fördern darf, müsse die Landesförderung anders sein als die Bundesförderung, und die städtische Förderung muss wiederum anders sein. Darüber hinaus baue man exklusiv für die Taxi-Unternehmen ein Schnellladernetz auf mit zwei bis drei Schnellladern. Damit schaffe man die notwendige Infrastruktur für die Taxiunternehmen. Außerdem werde man Beratung vor Ort in der Taxizentrale anbieten. Es habe sich gezeigt, dass es ohne eine solche schwierig ist, an die insgesamt 555 Taxiunternehmen heranzutreten. Die Taxi-Autozentrale - von der man konstruktiv unterstützt worden sei - habe auf die Schwierigkeit hingewiesen, dass die deutschen Automobilhersteller derzeit keine als Taxi geeigneten E-Fahrzeuge haben. Dies stelle derzeit noch das größte Hindernis dar, auf das man jedoch keinen Einfluss habe.

StR Kotz (CDU) wie auch die folgenden Rednerinnen und Redner seitens des Ausschusses danken für die Vorlage und die Erläuterung. Nachdem es ein Thema aus dem letzten Doppelhaushalt ist, sollte man nun schauen, dass man damit beginnt, an die Taxiunternehmen heranzutreten. Ihm sei bewusst, dass es nur ein Baustein ist auf dem Weg zu einer besseren Mobilität und einer besseren Luft in Stuttgart.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) freut sich, nunmehr in die Förderung der E-Taxis einsteigen zu können. Die Vorlage sei schlüssig und gut nachvollziehbar. Hinsichtlich der Standortvoraussetzung und des Standorts Schlossplatz (Stichwort: Denkmalschutz) könne seine Fraktion sich vorstellen, die Schnelllader baulich so zu gestalten, dass sie geschickt eingebunden sind. Zu hinterfragen sei, weshalb beim Porsche-Museum keine Schnellladesäule vorgesehen wird. Auch der Standort in Degerloch sollte aus seiner Sicht nochmals geprüft werden. Mit dieser weiteren Förderung lohne es sich für die Taxi-Unternehmer, Elektrotaxis anzuschaffen, weshalb man an die Branche appelliere, den Kunden die Möglichkeit zu geben, explizit ein E-Taxi zu bestellen. Die Erwartung sei, dass nunmehr einige E-Fahrzeuge angeschafft werden, um das Feinstaub- und vor allem das Stickoxidproblem in Stuttgart anzugehen.

StR Pfeifer (SPD) hebt den Erkenntnisgewinn aus dieser Studie hervor und freut sich darüber, dass die Ladestruktur von der Stadtwerke-Tochter umgesetzt wird. Interessant für ihn war darüber hinaus, dass die Begleitmaßnahmen wie Werbung, Beschriftung usw. im Verlauf der Fahrzeugnutzung wichtigere Aspekte als die Antriebsart sind. Er erkundigt sich, ob die Förderung auch für Hybrid-Antriebe gilt oder nur für reine E-Fahrzeuge. Gerade unter dem Aspekt des Angebots betrachtet er die Liste als Armutszeugnis - zumindest was deutsche Hersteller angeht. Der Vorlage stimme man dennoch gerne zu.

StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) begrüßt die Vorlage im Prinzip. Ob der Weg, mit Werbepauschalen zu arbeiten, der richtige ist, darüber lasse sich streiten. Ihm ist wichtig, dass die Schnellladestruktur so aufgebaut wird, dass sie andere Verkehrsteilnehmer nicht beeinträchtigt. Die EnBW-Ladesäulen von Car2Go auf den Fußwegen zu platzieren, hält er für eine unglückliche Entscheidung. Für wichtig erachte man außerdem, dass die Stadtwerke-Tochter Energiedienste Stuttgart zum Zuge kommt, um die Infrastruktur zu errichten.

Zufrieden mit der Vorlage erklärt sich auch StR Zeeb (FW). Ihn ärgert jedoch, dass E-Taxis bezuschusst werden, "wo die Stuttgarter Marke nicht vertreten ist". Seines Erachtens "müssten einige Damen oder Herren in Untertürkheim ein schlechtes Gewissen kriegen, wenn man so sträflich mit einem Werbeobjekt, wie Taxis es nun einmal sind, umgeht".

Für StR Brett (AfD) zeigt die Vorlage, wie schwierig es ist, eine Struktur umzustellen, und wie leicht es ist, etwas kaputtzureden, indem man sagt, wir wollen keine Dieseltechnologie. Für derlei Umstellungen brauche es einen langen Atem. Seine Fraktion werde diese Umstellung begleiten, wenngleich man die Elektro-Motorisierung nicht für der Weisheit letzten Schluss halte.

StR Conz (FDP) vertritt die Ansicht, es werde in der Vorlage sichtbar, wo das Problem liegt, nämlich darin, die spezifisch deutsche Norm für taxitaugliche Fahrzeuge mit dieser Technologie einzuhalten. Ein weiteres Problem liege darin, dass beide Stuttgarter Automarken überhaupt nicht bei den Anbietern vertreten sind und es auch nicht danach aussehe, als kämen sie demnächst auf diese Liste. Es spreche Bände, wenn vor kurzem auf einer Messe zur Elektromobilität in Stuttgart beim Stand von Mercedes ein "elektrisch aufgepimpter Sechs-Zylinder-Motor" vorgeführt werde. Er frage sich: "Ist Mercedes das neue Nokia? Wollen die überhaupt nicht?" Auf kommunaler Ebene müssten aus seiner Sicht alle Warnleuchten gleichzeitig angehen, weil man als Stadt ein riesengroßes Problem bekomme, wenn diese Industrie vor Ort auch nur ein kleines Problem hat. Er fordert "alle Player, besonders in der Verwaltung", dazu auf, den Vertretern der Fa. Daimler unter die Nase zu reiben, dass es zentral wichtig ist, dass die Automobilindustrie diesbezüglich richtig in die Gänge kommt. Der Vorlage stimmt er zu.

StR Dr. Schertlen (STd) äußert den Wunsch, die Beschlussantragsziffer 2 dahingehend zu ändern, dass allgemein emissionsfreie Fahrzeuge gefördert werden können. Herr Forderer stellt klar, "für uns heißt Elektro auch immer Wasserstoff und nicht nur Batterie, aber da ist das Angebot noch geringer. Diese Technologie ist natürlich ideal für Taxi-Betrieb".

Die Plug-In-Hybride betreffend ergänzt Herr Hagel, die Ersteller der Studie seien zu dem Schluss gelangt, in der städtischen Förderung sollte man die Plug-In-Hybride ausnehmen, da sie bereits in den Förderpaketen vom Bund und vom Land mit gefördert werden - allerdings in geringerem Umfang, da sie in Bezug auf die Emissionsfreiheit weniger bringen. Zudem könne man als Stadt nicht kontrollieren, ob tatsächlich elektrisch gefahren wird oder der Elektromotor nur als Alibi-Lösung mit an Bord ist. Auch beim Fahrzeugangebot habe sich gezeigt, dass die heutige Generation von Plug-In-Hybriden zu kurze rein elektrische Reichweiten hat.

BM Dr. Schairer stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Faßnacht / pö

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
S/OB-Mobil

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB/82
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
SWS
 4. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 5. Referat StU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN